

Herr
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

HERBERT KICKL
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-901000
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0236-I/7/2018

Wien, am 27. Juni 2018

Die Abgeordnete zum Nationalrat Doris Margreiter, Genossinnen und Genossen haben am 17. Mai 2018 unter der Zahl 904/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Frage 1:

Wie lautet die Position Ihres Ressorts zum genannten Vorschlag insgesamt und zu dessen wesentlichsten Bestimmungen?

Der Vorschlag der Europäischen Kommission wird begrüßt und kann im Wesentlichen mitgetragen werden, insbesondere die Einführung eines Visahebels zur Verbesserung der Rückübernahmepaxis bei fehlender Kooperation eines Drittstaates.

Frage 2:

Sind weitere Ressorts mit dem Vorschlag befasst?

Ja, es sind das BM für Europa, Integration und Äußeres, das BM für Nachhaltigkeit und Tourismus und das BM für Inneres befasst.

Frage 3:

Stimmen Sie mit der Rechtsgrundlage des Vorschlags überein?

Ja.

Frage 4:

Entspricht der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit?

Ja.

Frage 5:

Werden auf Grund des Vorschlages Änderungen an österreichischen Rechtsnormen erforderlich?

a. Wenn ja: welche Bundesgesetze sind betroffen?

Nein.

Frage 6:

Sind durch den Vorschlag Kompetenzen der Bundesländer betroffen?

a. Wenn ja: auf Grund welcher Bestimmung(en) des Vorschlags?

Nein.

Frage 7:

Enthält der Vorschlag Bestimmungen, die im österreichischen Recht nur durch Bundesverfassungsgesetz getroffen werden könnten?

Nein.

Frage 8:

Wie ist die Position anderer Mitgliedstaaten zum Vorschlag?

Die große Mehrheit der Mitgliedstaaten kann den Vorschlag mittragen. Bei der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 19. Juni 2018 wurde das Mandat für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament angenommen.

Frage 9:

In welcher EU-Ratsformation wird der Vorschlag behandelt?

Der Rat der Justiz- und Innenminister behandelt diesen Vorschlag.

Frage 10:

In welchem vorbereitenden Gremium des Rates der EU wird der Vorschlag behandelt?

Die Ratsarbeitsgruppe VISA (unter Federführung BM für Europa, Integration und Äußeres) behandelt diesen Vorschlag.

Frage 11:

Fanden bereits Sitzungen in diesem Gremium statt?

Ja.

Frage 12:

Besteht ein Zeitplan für die Behandlung des Vorschlags?

Ja, ein Abschluss wird bis Jahresende 2018 angestrebt.

Frage 13:

Welche Art von Gesetzgebungsverfahren kommt zur Anwendung?

Es soll eine Verordnung im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassen werden (Artikel 294 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)).

Herbert Kickl

